

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

17.12.2025

Schluss mit teuren Mieten und billigen Ausreden!

Wohnen wird zum Armutsrisiko. Das bestätigt eine aktuelle Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Sie zeigt deutlich: Die Wohnkosten in Deutschland steigen seit Jahren schneller als die Einkommen – und sie verschärfen die soziale Ungleichheit massiv. Nach Abzug der warmen Wohnkosten leben inzwischen 22,3 Prozent der Menschen in Deutschland in Armut. Das sind 18,4 Millionen Menschen. Ein alarmierender Befund, der schnelle und wirkungsvolle politische Konsequenzen verlangt.

Doch statt endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, setzt die Politik weiter auf individuelle Zuschüsse für Menschen, die sich die Mieten nicht leisten können und bezahlt die „Kosten der Unterkunft“ (KdU) oder Wohngeld. Diese *Subjektförderung* lindert zwar akute Notlagen, löst aber nicht das Problem überbezahlten Wohnraums. Im Gegenteil: Das System treibt mitunter absurde Blüten. Weil bezahlbare Wohnungen fehlen, zahlen Jobcenter häufig überhöhte Mieten, um überhaupt Wohnraum für Bedürftige sichern zu können. Damit erfüllen sie unfreiwillig die Gewinnerwartungen der Vermieter*innen und Staatsgelder fließen in die Taschen überreicher Immobilieneigentümer*innen.

Die Rechnung geht am Ende zu Lasten der Allgemeinheit. Vermieter*innen erhalten einen faktischen Freibrief für Mieterhöhungen, während der Staat Milliarden ausschüttet, damit Mieter*innen ihre Wohnungen halten können. Diese Mittel sind keine soziale Wohltat – sie decken lediglich den notwendigsten Wohnbedarf. Das Geld landet letztlich vollständig bei den Vermietenden. Viele von ihnen gestalten ihre Mieten dabei gezielt so, dass sie die zulässigen Grenzen der Wohnkostenverordnungen maximal ausreizen.

Während die *Subjektförderung* explodiert, bleibt der eigentliche Hebel für bezahlbaren Wohnraum vernachlässigt: der Bau günstiger Wohnungen.

2024 waren nur 3,15 Milliarden Euro für die *Objektförderung* im sozialen Wohnungsbau vorgesehen – aber 19,5 Milliarden Euro für KdU und Wohngeld (siehe Grafik). Das heißt: Der Staat steckte fünfmal mehr Geld in Zuschüsse, die Vermieter*innen zugutekommen, statt in den Bau von Wohnungen, die dauerhaft bezahlbar wären.

So lässt sich die Wohnungsnot nicht lösen. Subjektförderung ist notwendig, aber sie darf kein Ersatz für eine nachhaltig bezahlbare und gemeinnützige Wohnungspolitik sein. Wir brauchen einen starken gemeinnützigen Wohnungssektor, massiven sozialen Wohnungsbau und ein soziales Mietrecht, das seinen Namen verdient. Je mehr bezahlbare Wohnungen es gibt, desto weniger Geld muss für die *Subjektförderung* ausgegeben werden.

Der DGB fordert daher eine soziale Wohnungspolitik, die Menschen schützt – nicht Profite. Dazu gehören klare Mietobergrenzen, ein dauerhaft geförderter gemeinnütziger Wohnungssektor, mehr sozialer Wohnungsbau und Investitionen, die wirklich bei den Mieter*innen ankommen. Denn Wohnen ist ein Grundrecht. Und es darf nicht zum Armutsrisiko werden.

